

Country Report • N° 3 • Juni 2019



LAND GRABBING IN OSTDEUTSCHLAND: Ursachen, Auswirkungen, Widerstand

Jan Brunner

IMPRESSUM

GLOCON Country Report Series

Herausgeberin:

Nachwuchsgruppe GLOCON, Freie Universität Berlin
Prof. Dr. Bettina Engels / Dr. Kristina Dietz
Boltzmannstr. 1, 14195 Berlin

Layout Design: Janina Rühl / Tobias Kalt

Bildnachweis Titelbild: Gunther Tschuch, CC BY-SA 4.0

ISSN: 2567-3912

Zitationsangabe für diesen Beitrag:

Brunner, Jan (2019) : Land Grabbing in Ostdeutschland: Ursachen, Auswirkungen, Widerstand.
GLOCON Country Report, No. 3, Berlin : GLOCON.

Alle GLOCON Country Reports sind online verfügbar unter www.land-conflicts.net.

Danksagung:

Ich danke allen Interviewpartner_innen für ihre Zeit und Geduld, ihre Unterstützung und ihr Vertrauen. Darüber hinaus gilt mein großer Dank Willi Lehnert vom Bündnis Junge Landwirtschaft für seine Unterstützung im gesamten Forschungsprozess sowie Kristina Dietz, Bettina Engels, Robin Faißt, Sarah Kirst, Louisa Prause und Marie-Louisa Wahn vom GLOCON-Team für ihre Unterstützung und konstruktiven Anmerkungen zu verschiedenen Fassungen des Texts.

GLOCON übernimmt keine Verantwortung für etwaige Fehler im Country Report oder für Konsequenzen aus dem Gebrauch von darin enthaltenen Informationen. Die Ansichten und Meinungen dieses Country Report spiegeln die des Autors wider und entsprechend nicht notwendigerweise denen der Nachwuchsgruppe.

© Nachwuchsgruppe GLOCON

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Freie Universität



Berlin

GLOCON

Global Change - Local Conflicts

LAND GRABBING IN OSTDEUTSCHLAND: Ursachen, Auswirkungen, Widerstand

Jan Brunner

INHALT

1	Einleitung	1
2	Geschichte der Landnutzung und -verteilung in Ostdeutschland	2
	2.1 Agrarstruktur und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR	2
	2.2 Die Zeit der Transformation nach 1989/1990	2
3	<i>Land grabbing</i> in Ostdeutschland	5
4	Ursachen von <i>land grabbing</i>	9
	4.1 Die Privatisierungspolitik	9
	4.2 Staatliche Subventionen und Förderprogramme	11
	4.3 Krisen und landwirtschaftliche Strukturen	12
5	Auswirkungen des <i>land grabbing</i>	14
6	Forderungen und Lobbyarbeit der Gegner_innen von <i>land grabbing</i>	17
7	Fazit	20
	Literatur	23
	Über den Autor	26

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

- AbL - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft
- BjL – Bündnis Junge Landwirtschaft
- BVVG - Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH
- DBD - Demokratische Bauernpartei Deutschlands
- DBV - Deutscher Bauernverband
- EALG - Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz
- EEG - Erneuerbare-Energien-Gesetz
- e.G. – eingetragene Genossenschaft
- GmbH - Gesellschaft mit beschränkter Haftung
- KIM - Kombinat industrieller Mast
- LawAnpG - Landwirtschaftsanpassungsgesetz
- LBV - Landesbauernverband
- LF - Landfläche
- LPG - Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
- LPG (P) – Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (Pflanzenproduktion)
- LPG (T) – Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft (Tierproduktion)
- NPK - Neues Privatisierungskonzept
- SED - Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
- VdgB - Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
- VEG – Volkseigene Güter
- WWF - World Wide Fund For Nature

1 EINLEITUNG

Seit Mitte der 2000er Jahre lässt sich weltweit aufgrund des Zusammentreffens sogenannter multipler Krisen (Finanz-, Energie-, Klima- und Nahrungsmittelpreiskrise) ein Boom an Investitionen in Land und großflächigen Landkäufen, kurz *land grabbing*, beobachten. *Land grabbing* bezeichnet die Aneignung großer Landflächen häufig unter hohem Kapitaleinsatz – in der Regel zur kommerziellen Nutzung – durch Investoren oder staatliche Akteure. Formen der Aneignung sind unter anderem Kauf oder Pacht; aber auch gewaltsame Verdrängungen oder vertragswirtschaftliche Abkommen fallen hierunter. Diese Entwicklungen werden häufig von Protesten und Konflikten um den Zugang zu, die Kontrolle über und die Nutzung von Land begleitet (Borras et al. 2012; Engels/Dietz 2011).

Zu Beginn der Debatte um *land grabbing* in den 2000er Jahren richtete sich die mediale und wissenschaftliche Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf Länder des Globalen Südens. Heute wird *land grabbing* zunehmend als globales Phänomen wahrgenommen, das auch in Europa beobachtet werden kann (van der Ploeg et al. 2015; Visser/Spoor 2011). Eine Region, die jedoch nach wie vor kaum wissenschaftliche Aufmerksamkeit erfahren hat, ist Ostdeutschland.

„Kaufem Spekulanten den Osten auf?“ fragte Harald Schumann (2013) in einem Beitrag für die Zeitung Der Tagesspiegel. Medien und einige wenige empirische Studien dokumentieren, dass Investoren seit Mitte der 2000er Jahre weitläufige Landflächen in Ostdeutschland pachten oder kaufen. Ein Beispiel hierfür ist die Steinhoff Holding. Eigentlich ein internationaler Möbelkonzern, verfügt das Unternehmen mittlerweile über 20.000 Hektar eigenes und gepachtetes Land in Ostdeutschland und baut hierauf vor allem Energiepflanzen wie Mais und Raps an. In den bisher vorliegenden Studien werden die Entwicklungen in Ostdeutschland vor allem beschrieben. Eine Analyse der Ursachen,

Folgen sowie der politischen Reaktionen lokaler Landwirt_innen fehlt bislang.

Hieran knüpft die vorliegende Studie an. Sie basiert auf empirischen Daten, die ich überwiegend Ende 2014 erhoben und im Laufe des Jahres 2018 aktualisiert habe. Neben wissenschaftlichen Studien, NGO-Berichten, Zeitungsartikeln, Geschäftsberichten und Websites der Investoren stützt sich meine Analyse auf neun Interviews mit Gesprächspartnern¹ von Bauernverbänden, einem Bankenverband, aus der Politik sowie eines Investorenbetriebes.

Der Bericht ist folgendermaßen aufgebaut. Zunächst stelle ich die historischen Entwicklungen in der Landwirtschaft Ostdeutschlands dar. Daraufhin gehe ich auf die aktuellen Entwicklungen sowie die Ursachen und Folgen von *land grabbing* in Ostdeutschland ein. Daran anschließend schildere ich die Forderungen der Gegner_innen von *land grabbing* und den Umgang des Staates damit. Im Fazit fasse ich die Ergebnisse zusammen, gehe auf Unterschiede einer von Landwirt_innen und von Investoren geprägten Landwirtschaft ein und zeige Beispiele progressiven Widerstands auf.

¹ Wenn in dieser Studie von den interviewten Gesprächspartnern die Rede ist, verzichte ich bewusst auf eine gendersensible Schreibweise, da alle Gesprächspartner männlich waren.

2 GESCHICHTE DER LANDNUTZUNG UND -VERTEILUNG IN OSTDEUTSCHLAND

Land grabbing-Prozesse lassen sich nicht ohne eine historische Betrachtung der von Brüchen gekennzeichneten Geschichte der Landnutzung, -aneignung und -verteilung in Ostdeutschland verstehen.

In der Zeit vor 1945 war die Eigentumsstruktur der landwirtschaftlichen Nutzflächen in Ostdeutschland von einer Konzentration großer Flächen im Besitz weniger (zumeist adliger) Familien, der sogenannten Junker, geprägt (Schöne 2005: 12). Diese Agrarstrukturen und Besitzverhältnisse änderten sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges und der Übernahme Ostdeutschlands durch die sowjetische Militärverwaltung.

2.1 Agrarstruktur und Agrarpolitik in der ehemaligen DDR

Auf Initiative Stalins erfolgte zwischen 1945 und 1952 eine Bodenreform. Alle Betriebe größer als 100 Hektar sowie einige kleinere Betriebe wurden mit der Begründung der Entnazifizierung vollständig und ohne Entschädigung enteignet (Rothe/Lissitsa 2005: 10; Schöne 2005: 10ff).

Zwischen 1952 und 1960 erfolgte auf Anordnung der Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) eine kollektive Bündelung der Betriebe und Flächen sowie die Gründung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs). Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) sowie die personell eng mit der DBD verknüpften Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) – die Interessenvertretung der Bäuerinnen und Bauern der LPGs – setzten diese mehr oder weniger freiwilligen, zum Teil gewaltsam forcierten Prozesse der Kollektivierung insbesondere durch. Innerhalb dieser kurzen Phase wurde die ostdeutsche Landwirtschaft komplett umgestaltet: weg von einzelbäuerlichen Strukturen hin zur

genossenschaftlichen Produktion (Bayer 2012: 9; Gerke 2010: 91 f; Schöne 2005: 23ff).

In der DDR gab es zwei miteinander kooperierende, spezialisierte Arten von LPGs: die tierbestandslosen Pflanzenproduktionsbetriebe LPG (P) sowie die flächenlosen Tierproduktionsbetriebe LPG (T). Eine LPG (P) bewirtschaftete ab den 1970er Jahren in der Regel 4.000 bis 5.000 Hektar Land; eine LPG (T) besaß zwischen 1.000 und 2.000 Großvieheinheiten². Die Produktion erfolgte zumeist industriell unter Einsatz von Großmaschinen. Intern funktionierten die LPGs nach einer spezialisierten Arbeitsteilung, es gab Schichtarbeit und eine hierarchische Struktur. Jede LPG hatte einen Vorstand mit verschiedenen Management-Positionen. Dabei nahm der/die LPG-Vorsitzende eine herausragende Position in Bezug auf Entscheidungen im Betrieb und auch im Dorf ein. Die Wahl des LPG-Vorstandes war formell demokratisch auf Betriebsebene, faktisch benötigten Mitglieder des Vorstandes aber ein Parteibuch und wurden oftmals bereits vor den Wahlen von der SED bestimmt. LPGs unterlagen darüber hinaus Vorgaben übergeordneter Planungskommissionen und übernahmen neben der Landwirtschaft auch infrastrukturelle, soziale und kulturelle Aufgaben. Sie betrieben Kindergärten und Kulturhäuser, übernahmen den Bau von Straßen und stellten Wohnraum bereit – die LPG war Mittelpunkt der Dorfgemeinschaft (Bayer 2012: 12; Küster 1998: 445ff; Rothe/Lissitsa 2005; Schöne 2005).

2.2 Die Zeit der Transformation nach 1989/1990

Nach der Wende sollte die ostdeutsche Landwirtschaft wettbewerbsfähig, marktorientiert

² Eine Großvieheinheit ist ein Umrechnungsschlüssel, um verschiedene Nutztiere auf Basis ihres Lebendgewichtes zu vergleichen. Eine Großvieheinheit entspricht dabei 500 Kilogramm, was in etwa einem ausgewachsenen Rind entspricht.

und umweltverträglich transformiert werden. Die Ausgangsbedingungen hierfür waren um 1989/90 folgende: Es bestanden ca. 4.000 landwirtschaftliche Betriebe, darunter 1.159 LPGs (P) und 2.696 LPGs (T). 825.000 Menschen waren in der Landwirtschaft beschäftigt (Rothe/Lissitsa 2005: 12ff).

Die Transformation des Landwirtschaftssektors erfolgte auf mehreren Ebenen und veränderte die gesellschaftlichen Strukturen auf dem Land grundlegend. Der Prozess der Umwandlung war dabei in hohem Maße konfliktträchtig, rechtlich fehlerhaft, interessengesteuert und ist nach wie vor Thema der gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Auseinandersetzung in Ostdeutschland (siehe hierzu Bayer 2012).

Zentral für die Transformation war in erster Linie der Wandel der Eigentumsordnung, von kollektivem bzw. staatlichem hin zu Privateigentum. Dieser Wandel erfolgte auf zwei Ebenen: Zum einen sollten die LPG-Mitglieder in Selbstbestimmung ohne direkte Einmischung des Staates über die Zukunft ihrer LPG entscheiden. Zum anderen wurde die Treuhandanstalt bzw. später die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) mit der Privatisierung der staatlichen Landflächen sowie Unternehmen beauftragt.

Entsprechend des Landwirtschaftsanpassungsgesetz (LawAnpG) hatte jedes Mitglied das Recht, sein Vermögen aus der LPG herauszulösen. Personen, die davon Gebrauch machten und einen eigenen landwirtschaftlichen Betrieb gründeten, wurden „Wiedereinrichter_innen“ genannt. Die LPG ihrerseits konnte in die Rechtsformen eingetragene Genossenschaft, GmbH, GbR oder AG umgewandelt

werden. Die Mitglieder entschieden in der Regel LPGs in Genossenschaften (e.G.) und GmbHs zu überführen – bis Ende 1992 hatten sich ca. 3.000 Nachfolgebetriebe als juristische Personen (GmbH und e.G.) registrieren lassen, die durchschnittlich 1.136 Hektar Land bewirtschafteten. So überlebten die LPGs in gewisser Weise die DDR. Wenige entschieden sich letztlich dafür, als Wiedereinrichter_in einen eigenen (kleineren) Privatbetrieb zu gründen. In Ostdeutschland bildeten sich somit andere Strukturen als in Westdeutschland heraus: statt kleiner Familienbetriebe dominieren große Betriebe, die in der Regel in der Betriebsform juristische Person verfasst sind, die Landwirtschaft. Die durchschnittliche Größe von landwirtschaftlichen Betrieben in Westdeutschland beträgt 44 Hektar, in Ostdeutschland sind es 224 Hektar (Land 2000: 211; Rothe/Lissitsa 2005: 17ff; Tietz 2017: 4)

Diese Entwicklungen in der ostdeutschen Landwirtschaft der Nachwendezeit können teilweise auf die Rolle der LPG-Vorstandsmitglieder zurückgeführt werden. Diese nutzten häufig ihren Wissensvorsprung gegenüber den anderen LPG-Mitgliedern sowie die lückenhafte Gesetzgebung aus. So entschädigten sie ausscheidungswillige LPG-Mitglieder in der Regel zu niedrig und drängten diese in einigen Fällen aus den Nachfolgebetrieben. Die Betriebsleiter_innen der LPG-Nachfolger-Unternehmen rekrutierten sich nahezu ausschließlich aus den Leitungsebenen der LPGs. So fand eine Vermögenskonzentration bzw. Aneignung des landwirtschaftlichen Vermögens

Tabelle 1: Größenstruktur der landwirtschaftlichen Betriebe in Ostdeutschland, Stand 2016

Form des Betriebs	Anzahl	Anteil in %	LF (Hektar)	Anteil LF in %	LF / Betrieb (Hektar)	LF / Betrieb (Hektar), Westdtl.
Betriebe ges.	24.660	100	5.520.094	100	224	44
Nat. Personen	20.990	85,1	2.750.094	49,8	131	44
Jur. Pers. (priv. Recht)	3.626	14,7	2.764.792	50,1	762	56
Jur. Pers. (öffentl. Recht)	44	0,3	5.208	0,1	118	94

Eigene Darstellung; Quelle: Forstner 2017: 4

von einer kleinen Elite bestehend aus ehemaligen LPG-Leiter_innen und weniger anderer SED-Funktionär_innen statt (Bayer 2012: 20, 31, 73; Gerke 2010: 95).

Im Zuge der Transformation des Agrarsektors gestaltete sich die Interessenvertretung der Bäuerinnen und Bauern um. So nahm der Deutsche Bauernverband (DBV) Westdeutschlands nach anfänglicher Skepsis die SED-nahe berufsständische Interessenvertretung VdgB auf, um sein Repräsentationsmonopol der Bäuerinnen und Bauern gegenüber der Politik auf Bundes- und EU-Ebene zu erhalten. Hierfür stellte der DBV das Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes zurück und erkannte „die LPG-Nachfolger als legitime Mitglieder der Agrarfamilie“ (Land 2000: 212) an; die ehemaligen Vorstände der LPG-Betriebe (sogenannte „Agrarkader“) konnten sich so politischen Einfluss auch über die Wende hinweg sichern. Die Verbände der Wiedereinrichter_innen, eher bäuerlichen Landwirtschaft, waren und sind hingegen zersplittert und stehen in der politischen Opposition zum DBV (Gerke 2010: 92ff; Land 2000: 212).



Großflächige Felder in der Nähe von Waren (Mecklenburg-Vorpommern) (Foto: Niklas Tschöpe, CC BY-SA 4.0)

3 LAND GRABBING IN OSTDEUTSCHLAND

Seit 2006/07 stiegen die Investitionen von Investoren in die ostdeutsche Landwirtschaft, was ich als *land grabbing* fasse. Im Folgenden möchte ich zunächst die Investoren und ihre Strategien vorstellen. Die Investoren in Ostdeutschland haben in der Regel ihren Hauptsitz in Westdeutschland und lassen sich – in Anlehnung an Andreas Tietz (2017) – in verschiedene Gruppen einteilen: Landwirt_innen aus anderen Regionen, Aktiengesellschaften und Holdings aus dem Agrarbereich, landwirtschaftsnahe Investoren aus dem vor- und nachgelagerten Bereich, branchenfremde Investoren sowie *Private-Equity-Fonds*³. *Land grabbing* in Ostdeutschland kann größtenteils als *farm grabbing* bezeichnet werden: Investoren kaufen in der Regel ganze landwirtschaftliche Betriebe auf und erlangen hierüber Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen. Überwiegend handelt es sich bei den aufgekauften Betrieben um LPG-Nachfolgebetriebe. Diese sind in der Regel GmbHs oder eingetragene Genossenschaften und werden in der Debatte aufgrund ihrer Rechtsform gewöhnlich als „juristische Personen“⁴ bezeichnet. In der Regel übernehmen die Investoren diese Betriebe in Form eines *Share Deals*. Bei einem solchen

3 *Private-Equity-Fonds* sammeln Kapital von privaten oder institutionellen Anleger_innen und investieren es in Beteiligungen an Unternehmen, um diese später wieder gewinnbringend zu verkaufen. Die Gewinne, die der Fonds erwirtschaftet, werden später an die Geldgeber_innen ausbezahlt (Kamp 2007: 596).

4 In der Debatte zum Wandel der ostdeutschen Landwirtschaft wird häufig zwischen natürlichen und juristischen Personen unterschieden. Die juristischen Personen sind in der Regel LPG-Nachfolgebetriebe und in der Rechtsform GmbH oder e. G. verfasst, selten als AG oder eingetragener Verein. Natürliche Personen sind in der Regel keine direkten LPG-Nachfolgebetriebe, werden als landwirtschaftlicher Einzelbetrieb oder Gesellschaft bürgerlichen Rechts geführt und bewirtschaften deutlich weniger Landflächen als juristische Personen (Tietz 2017: 4ff; Bayer 2012: 21).

Kauf werden die Vermögensgegenstände eines Unternehmens in der Gesamtrechtsnachfolge, d. h. das gesamte Unternehmen mit all seinen Vermögensgegenständen und Verpflichtungen übernommen. Für Investoren bietet das den Vorteil, dass Mitarbeiter_innen eines Unternehmens der Übernahme nicht zustimmen müssen und landwirtschaftliche Grundstücke genehmigungsfrei übernommen werden können. Zudem bleiben durch die Rechtsnachfolge die laufenden Verträge unberührt. Das bezieht sich auf spezielle Kaufrechte wie Direktkäufe von BVVG-Flächen, bestehende Pachtverträge oder Lieferrechte (Forstner/Tietz 2013: 19). Grundstücksrechtlich gelten die externen Investoren daher in der Regel als Landwirt_innen und haben die gleichen Rechte wie lokale landwirtschaftliche Unternehmen beim Flächenerwerb (Forstner/Tietz 2013: 18f). Investoren übernehmen zudem häufiger GmbHs als Genossenschaften, da sie dort leichter die Kontrolle übernehmen können und der bürokratische Aufwand geringer ist. Bei der Übernahme von Genossenschaften werden diese meist in GmbHs umgewandelt (Tietz 2017: 23f). Darüber hinaus kaufen und pachten Investoren Land direkt auf dem Privatmarkt oder von der BVVG.

Um die Aufkäufe und Beteiligungen von Investoren an den landwirtschaftlichen juristischen Personen zu quantifizieren, hat das Johann Heinrich von Thünen-Institut 2017 einen Bericht veröffentlicht. Insgesamt schätzt das Institut den Anteil solcher Investoren an den als juristische Personen verfassten Betrieben wie eingetragenen Genossenschaften oder GmbHs auf 34 Prozent. Allerdings wird in der Untersuchung nicht erhoben, wie hoch der Anteil von Investoren bei Einzelunternehmen oder Personengesellschaften ist (Tietz 2017: ix, 21, 52).

Der Anteil von externen Investoren unterscheidet sich je nach Bundesland und Region. Die Ergebnisse der Studie des Thünen-Instituts zeigen, dass externe



Oderbruch, 2009 (Foto: Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.)

Investoren vor allem in Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg, in Sachsen etwas weniger sowie in Sachsen-Anhalt und Thüringen kaum aktiv sind (Tietz 2017: viii). Ungefähr die Hälfte der Betriebe mit Investorenbeteiligung wurde nach 2007 von einem Investor übernommen oder neu gegründet (Tietz 2017: 32f), d. h. auch nach der Wende gab es schon Land- und Betriebskäufe von externen Investoren. Bei manchen ist allerdings nicht bekannt, inwiefern sie auch nach 2006/2007 Flächen und Unternehmen aufgekauft haben.

Die Strategien der Investoren, die nach 2006/2007 in Land in Ostdeutschland investieren, stelle ich anhand von drei Unternehmen dar: der KTG Agrar AG, der JLW Holding AG und AgroEnergy.

Die Auswahl begründet sich in der Unterschiedlichkeit der Projekte: die KTG Agrar AG als Beispiel einer neugegründeten Aktiengesellschaft, die JLW Holding als Beispiel eines landwirtschaftsfremden Unternehmens, das in Land investiert und AgroEnergy als *Private-Equity-Fonds*.

Die KTG Agrar AG (heute: Deutsche Agrar Holding) hat in der medialen Debatte große Aufmerksamkeit erlangt. Gründer der KTG Agrar war der bayerische Landwirt Siegfried Hofreiter, der bereits in den 1990er Jahren Landflächen und einen landwirtschaftlichen Betrieb in Ostdeutschland aufgekauft hatte. Aus diesem landwirtschaftlichen Betrieb heraus gründete er 2000 KTG Agrar, 2004 erfolgte die Umwandlung der KTG Agrar in eine Aktiengesellschaft. Der Firmensitz lag in Hamburg. KTG Agrar kaufte seit Gründung kontinuierlich

landwirtschaftliche Betriebe in Ostdeutschland, ab 2005 auch in Litauen auf. 2006 nahm sie zehn eigene Biogasanlagen in Betrieb und bewirtschaftete 13.900 Hektar. 2014 waren es bereits mehr als 42.600 Hektar bewirtschafteter Flächen, wovon 24 Prozent Eigentum der KTG Agrar waren und ca. 34.300 Hektar in Ostdeutschland lagen. Die Strategie der KTG Agrar war es, die gesamte landwirtschaftliche Wertschöpfungskette zu kontrollieren. Das Unternehmen übernahm daher die Kontrolle über die Biogasproduktionskette

vom Anbau von Energiepflanzen wie Mais und Raps sowie dem Betrieb von Biogasanlagen. KTG Agrar vervielfachte die Kapazitäten der Biogasanlagen in den Jahren 2007-2013, womit sie zum größten Biogasproduzenten Deutschlands aufstieg. Ebenso verfuhr das Unternehmen im Nahrungsmittelbereich unter dem Motto „Vom Feld auf den Teller“. Hierfür kaufte KTG Agrar verschiedene insolvente Firmen auf: Frenzel Tiefkühlkost, Naturöl Anklam sowie den Ökovermarkter Bio-Zentrale. Die Anbauweise war zur einen Hälfte ökologisch, zur anderen konventionell – KTG Agrar war bereits 2011 eines der größten Unternehmen im Ökoanbau (Forstner et al. 2011: 14; KTG Agrar 2013, o.J. b). Mit einem Arbeitskraftbesatz von etwa 0,6 pro 100 Hektar lag die KTG Agrar deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 1,8 Arbeitskräften pro 100 Hektar (Keller 2014). Die Organisation der Betriebe ist straff strukturiert, die Unternehmen innerhalb der KTG Agrar wurden als eigenständige „Profit-Center“ geführt, d.h. es existieren „Unternehmen im Unternehmen“, die eigene Gewinne und Verluste ausweisen. Diese Trennung mündete 2012 in der Gründung der KTG Energie AG als eigenständige, neue Aktiengesellschaft für die Biogassparte, an der die KTG Agrar die Mehrheit der Aktien hielt (Creditreform 2011; KTG Agrar o.J. b; KTG Energie o.J.).

Der Jahresumsatz von KTG Agrar lag 2014 bei 234,1 Millionen Euro und stieg im Vergleich zu 2013 um 42 Prozent. Die Aktionär_innen erhielten im Jahr 2014 eine Dividende von 22 Cent pro

Aktie. Das Wachstum baute allerdings auf einer hohen Verschuldung auf: 2014 hatte die KTG Agrar Verbindlichkeiten in Höhe von 549,4 Millionen Euro. Diese Schulden führten letztlich 2016 dazu, dass die KTG Agrar Insolvenz anmelden musste. Nach der Insolvenz wurden das Unternehmen und dessen Flächen an andere Investoren verkauft und entgegen der Forderungen beispielsweise von Bündnis 90/Die Grünen nicht an lokale Bäuerinnen und Bauern vergeben. Ein Ex-Manager der KTG-Gruppe kaufte ein Tochterunternehmen, ein weiteres die Rückversicherungsgesellschaft Munich Re. Der Großteil der Anteile der KTG Agrar übernahm allerdings die Zech-Stiftung, die zu einem Firmengeflecht rund um die Zech-Familie gehört. Das eigentliche Kerngeschäft der Zech-Familie ist die Baubranche. Sie investiert jedoch auch viel in andere Branchen und kauft häufig insolvente Firmen auf. Die KTG Agrar AG firmiert heute unter dem Namen Deutsche Agrar Holding. Diese bewirtschaftet ca. 20.600 Hektar Land in Ostdeutschland und produziert ähnlich wie die KTG Agrar Energiepflanzen, ist aber auch in der Biolandwirtschaft und Milchproduktion tätig (Unabhängige Bauernstimme 2018; Hartmann 2018; Läscher 2018; Maurin 2016; Müssgens/Grossarth 2016).

Ein Beispiel für einen landwirtschaftsfremden Investor ist die JLW Holding AG. Das Unternehmen ist Teil der von Jürgen Lindhorst geleiteten Lindhorst Gruppe, die im Immobiliengeschäft sowie im Pflege- und Gesundheitsbereich tätig ist. Aktuell baut die JLW Holding auf einer Fläche von ca. 22.000 Hektar – schwerpunktmäßig in Brandenburg und Sachsen-Anhalt, aber zu einem geringen Teil auch in Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen – Raps, Mais und andere Getreidesorten an. Die JLW Holding nutzt diese Pflanzen vor allem als Substrat für eigene sowie fremde Biogasanlagen, verkauft Mais aber auch als Futterpflanze. Obwohl über das Wachstum des Betriebs im Zeitverlauf wenig Informationen vorliegen, ist bekannt, dass die JLW Holding ihre bewirtschafteten Landflächen „zwischen Mitte 2008 und Mitte 2009 um fünftausend

Hektar von 17.000 auf 22.000 Hektar“ (Brendel 2011: 29) vergrößert hat, insbesondere über den Kauf landwirtschaftlicher Betriebe. Laut eigener Homepage sowie Aussagen des Vertreters des Bündnis Junge Landwirtschaft (BjL) ist der Betrieb weiterhin auf Wachstum ausgerichtet. So schuf JLW eine Arbeitsstelle explizit für den Erwerb von Land und landwirtschaftlichen Betrieben (Interview, Vertreter BjL, Berlin, 2.2.2016). Die Holding wirbt dafür, dass Landbesitzer_innen, die ihre Landflächen verkaufen oder verpachten möchten, und Landwirt_innen, die ihre Höfe verkaufen möchten, diese an JLW abgeben können: „Wenn Sie sich von Ihrem Betrieb trennen wollen oder finanzielle Unterstützung benötigen, sind wir ebenfalls Ihr Ansprechpartner“ (JLW o.J. a). Auch für externe Investoren werden Beteiligungsmöglichkeiten geboten. Bei der Produktion setzt JLW auf eine „schlanke“ Betriebsorganisation und den Einsatz von externen Lohnunternehmen, landwirtschaftlicher Dienstleister, um Lohnkosten zu sparen (Brendel 2011: 29-31; JLW o.J. a; Schumann 2013a; Interview, Vertreter BjL, Berlin, 2.2.2016).

AgroEnergy ist ein *Private-Equity-Fonds*. Dieser geht bei seinen Anlagegeschäften folgendermaßen vor: Zunächst sammelte das Unternehmen im Zeitraum von 2008 bis 2010 von 22 privaten, nicht näher genannten Investoren insgesamt 34,1 Millionen Euro. Die Mindestbeteiligung lag bei 500.000 Euro pro Investor. Mit dem Geld kaufte AgroEnergy zwei Großbetriebe in Mecklenburg-Vorpommern. Auf insgesamt 4.200 Hektar Land, wovon 1.700 Hektar eigene und 2.500 Hektar gepachtete Flächen waren, produzierte der Fonds Mais, Weizen, Raps und Roggen, also *flex crops*. *Flex crops* sind Agrarrohstoffe, die je nach Weltmarktpreis flexibel für die Lebensmittel- oder Energieproduktion genutzt werden können. Im Zuge der jüngsten globalen *land grabbing*-Welle seit 2006/07 stellten Investoren häufig die Produktion auf diese Pflanzenarten um (Borras et al. 2012: 404f). 2011 verkaufte AgroEnergy die landwirtschaftlichen Betriebe an einen anderen Investor. Der Profit der Anleger_innen belief sich laut Angaben des Fonds auf ca. 30 Prozent des eingesetzten Kapitals. Laut

eigener Homepage plant AgroEnergy seit 2011 ein zweites Projekt nach dem gleichen Muster. Hierfür wirbt das Unternehmen insbesondere mit der Erwartung, dass Preise für Agrarprodukte sowie Bodenpreise in Zukunft steigen würden. Für dieses Projekt sammelt AgroEnergy bis zu 150 Millionen Euro – bei einer Mindestbeteiligung von fünf Millionen Euro – und verhandelt seit 2011 über den Ankauf von landwirtschaftlichen Betrieben in Ostdeutschland an mehreren Standorten mit insgesamt rund 20.000 Hektar Landfläche. Das Unternehmen wirbt mit einer Gesamtrendite von 8 bis 12 Prozent pro Jahr für Anleger_innen. Aufgrund der langen Ankündigungszeit ist es aktuell allerdings fraglich, ob das Projekt wirklich umgesetzt wird (AgroEnergy o.J. a, o.J. b, o.J. c, o.J. d, o.J. e; Forstner et al. 2011: 16f; Schumann 2013b). Generell zeigt sich, dass die Investoren häufig nach dem Prinzip des *Shareholder Values* agieren. Kurzfristige Profite stehen im Vordergrund ihres Handelns, was auch an der Ausgestaltung der Betriebsorganisation deutlich wird. Die Investoren-Betriebe sind häufig in Holding-Strukturen mit Filial-Betrieben organisiert; betriebswirtschaftliche Controller_innen überprüfen alle Unternehmensentscheidungen nach Effizienz- und Profstkriterien. Zu diesen Entscheidungen von Investoren gehört in der

Regel nach der Übernahme die Umstrukturierung der Leitungsebene im übernommenen Betrieb. Sie tauschen häufig das Führungspersonal aus, verschlanken die Führungsebene und bauen hierarchische Strukturen auf. Die effizientere bzw. gewinnorientiertere Strategie der Investoren zeigt sich auch in der Produktionsausrichtung der Betriebe. Sie stellen oftmals auf reinen Ackerbau sowie Biogaserzeugung um oder setzen auf große Massentierhaltung. Hierbei bauen sie insbesondere *flex crops* wie Mais, Raps und Weizen an (Akram-Lodhi et al. 2009). Hieran zeigt sich, dass *land grabbing* nicht mit der Aneignung von Land endet. Vielmehr findet eine Umgestaltung der landwirtschaftlichen Betriebe und deren Produktion nach profitorientierten Kriterien statt. Das Handeln von Investoren zeichnet sich darüber hinaus durch einen spekulativen Ansatz aus. Häufig spekulieren sie auf die Steigerung der Bodenpreise. Dies gilt insbesondere für AgroEnergy als *Private-Equity-Fonds*, dessen Geschäftsmodell der Wiederverkauf der Betriebe zu einem späteren Zeitpunkt zu einem höheren Preis darstellt.



Rapsfelder in Panschwitz-Kuckau, Sachsen (Foto: Gunther Tschuch, CC BY-SA 4.0)

4 URSACHEN VON LAND GRABBING

Investoren wurden nach der Wende in der ostdeutschen Landwirtschaft insbesondere in zwei Phasen aktiv. Zuerst nutzten westdeutsche Investoren die Sondersituation der Eingliederung der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ins kapitalistische Wirtschaftsmodell der Bundesrepublik Deutschland (BRD) aus, um ganze Betriebe vielfach zu günstigen Preisen zu übernehmen (Forstner et al. 2011: 17, 141). Nach dieser Phase zu Beginn der 1990er Jahre gab es eine Art „Zwischenruhe“. Erst ab 2006/2007 nahmen die Aktivitäten der Investoren wieder zu, was auf mehrere Ursachen zurückzuführen ist.

4.1 Die Privatisierungspolitik

Eine Ursache von *land grabbing* in Ostdeutschland ist die staatliche Privatisierungspolitik der staatlichen landwirtschaftlichen Flächen nach 1989/90, für die zunächst die Treuhand und nachfolgend die BVVG zuständig gewesen sind. Um die aktuelle Ausgestaltung der Privatisierungspolitik, die Kontroversen und Zusammenhänge zu *land grabbing* zu verstehen, stelle ich in diesem Abschnitt die gesamte Privatisierungspolitik seit 1989/90 dar. Nach dem Ende der DDR 1989/90 wurde festgelegt, die ca. 1,7 Millionen Hektar Land- und Forstfläche (davon ca. 1,1 Millionen Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche) sowie die landwirtschaftlichen volkseigenen Güter (VEGs) und Kombinate industrieller Mast (KIMs) zu privatisieren. Hierfür waren die Treuhand und später die BVVG zuständig (Forstner et al. 2011: iii; Rothe/Lissitsa 2005).

In der sogenannten Treuhandrichtlinie wurde die Reihenfolge, nach welcher das Land von der BVVG vergeben werden sollte, wie folgt festgelegt: (1) Wiedereinrichter_innen landwirtschaftlicher Betriebe, (2) Neueinrichter_innen, die am 3. Oktober 1990 ansässig waren, (3) LPG-Nachfolgeunternehmen (juristische Personen), (4)

zugezogene Neueinrichter_innen (ortsansässig nach dem 3.10.1990). Zunächst verpachtete die BVVG in einer ersten Phase die meisten Flächen für zwölf Jahre. Als Ergebnis dieser ersten Phase stand eine Pächterverteilung von ca. 57 Prozent der Flächen an juristische Personen, 30 Prozent an ortsansässige Wieder- und Neueinrichter_innen sowie ca. 12 Prozent an nicht ortsansässige Wieder- und Neueinrichter_innen⁵. Für die Verpachtung oder den Verkauf verlangte die BVVG in der Regel einen ortsüblichen Preis (Forstner et al. 2011: 26f; Rothe/Lissitsa 2005: 27f).

Ergänzt wurden diese Regelungen durch das Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz (EALG) von 1994 sowie die Flächenerwerbsordnung von 1995, die den Umgang mit enteignetem Land zu Zeiten der sowjetischen Besatzung und der DDR regelten. Ein zentraler Bestandteil dieser Regelungen war die Möglichkeit des vergünstigten Erwerbs für betroffene Landwirt_innen. Insgesamt verkaufte die BVVG bisher ungefähr die Hälfte ihrer Flächen über diese Regelung vergünstigt. Insbesondere Betriebe mit Pachtverträgen über BVVG-Flächen machten von dieser Regelung Gebrauch, hierunter oftmals die juristischen Personen wie GmbHs und Genossenschaften (siehe Grafik in Anhang 1). Die restlichen Flächen wurden bis Ende 2006 zum ortsüblichen Verkehrswert und nicht zum Höchstpreis verkauft bzw. verpachtet. Aufgrund dieser Regelungen, insbesondere des EALGs und der Flächenerwerbsordnung, kritisierten Bauernverbände wie die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) die BVVG-Flächenverkäufe auch als „bodengebundenes Subventionsprogramm“ für die Betriebe in der Rechtsform von juristischen Personen (Forstner et al.

⁵ Neueinrichter_innen sind Personen, die erst nach der Wende einen eigenen Betrieb gründeten und ihr Land nicht wie Wiedereinrichter_innen nach 1945 im Zuge von Enteignungen bzw. LPG-Gründungen verloren.

2011:27;Gerke 2010;Landtag Brandenburg 2014;tel. Interviews, Vertreter Bauernbund Brandenburg, AbL, beide April 2014).

Allerdings leitete die Europäische Union 1998 infolge einer Prozesswelle von bodenreform betroffenen Alteigentümer_innen, welche sich aufgrund ihrer Benachteiligung gegenüber juristischen Personen und Neueinrichter_innen beklagten, ein förmliches Prüfverfahren gegen das verbilligte Flächenverkaufsprogramm der BVVG unter dem EALG ein. Auf Druck der Europäischen Union beschloss die Bundesregierung, vergünstigte Käufe für Pächter_innen über das EALG Ende 2009 auslaufen zu lassen (Forstner et al. 2011: 27f; Seibel 2005: 405f).

Seit 2004 erlässt der Bund nach Absprache mit den ostdeutschen Bundesländern alle zwei bis drei Jahre neue Privatisierungsgrundsätze für die restlichen Flächen. Nach und nach wurde festgelegt, dass BVVG-Flächen stärker verkauft denn weiterverpachtet werden sollen. Zudem wurden öffentliche Ausschreibungsverfahren eingeführt, die nun auch das Hauptinstrument der Privatisierung sein sollten – der Markt wurde somit für Nicht-Pächter-Betriebe, aber auch Investoren geöffnet (siehe Abbildung in Anhang 1). Das Neue Privatisierungskonzept (NPK) von 2007 legte zunächst fest, dass die öffentlichen Ausschreibungen von BVVG-Landflächen zur Pacht und zum Kauf nach Höchstpreis stattfinden sollen. Die BVVG verkauft und verpachtet ihre verschiedenen Flächen durch gesonderte Bieterverfahren. Die Größe der in den einzelnen Bieterverfahren ausgeschriebenen Flächen („Losgröße“) durfte nach den Privatisierungsgrundsätzen von 2007 50 Hektar nicht überschreiten. Daneben sollte es in Ausnahmefällen den Direkterwerb von Flächen für Pächter_innen geben. Zudem wurde festgelegt alle BVVG-Flächen bis 2020 zu privatisieren. Auch die Kaufpreisermittlung für Direktverkäufe wurde geändert: Die BVVG orientierte sich bei der Ermittlung an den Ergebnissen der öffentlichen Ausschreibungen. Die Privatisierungsgrundsätze von 2010, 2013 und 2015 ließen diese Neuerungen relativ unangetastet und weichten sie nur etwas auf. So wurden das Privatisierungsende auf 2030

verschoben sowie die Optionen innerhalb des Direkterwerbs erweitert. Außerdem wurde die Losgröße bei Ausschreibungen im Jahr 2015 von 50 auf 15 Hektar gesenkt, Junglandwirt_innen, also Landwirt_innen bis 40 Jahre, die erstmalig einen landwirtschaftlichen Betrieb übernehmen, dürfen nun an beschränkten Ausschreibungen teilnehmen. Die Grenze dieser beschränkten Ausschreibungen⁶ zur Pacht oder zum Verkauf erhöhte sich auf 7.500 Hektar pro Jahr (BVVG 2015; Forstner/Tietz 2013: 9f; Forstner et al. 2011: 27ff).

Obwohl direkt nach der Wende eigentlich eine breitere Eigentumsstreuung angedacht war, setzte sich letztlich eine Verteilungspolitik durch, die Eigentum auf wenige Betriebe verteilte. Dies lässt sich mit den Interessen der an der Privatisierung maßgeblich beteiligten Akteure beantworten: dem Bundesfinanzministerium, dem Bundeslandwirtschaftsministerium sowie den ostdeutschen Landesregierungen und dem DBV. Insbesondere in der Phase bis 2006, in der agrarstrukturpolitische Ziele dominierten, bestimmten die ostdeutschen Landesbauernverbände (LBVs) des DBV sowie die ostdeutschen Landesregierungen die BVVG-Privatisierungspolitik (Forstner et al. 2011: 25). Aufbauend auf dem Narrativ der „Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt“ setzten sich die ostdeutschen Landesregierungen dafür ein, die großflächigen Betriebsstrukturen der DDR in die BRD zu transportieren – was letztlich auch gelang. Zudem ist der DBV die dominierende Agrarlobby in Deutschland. In Ostdeutschland kommt hinzu, dass es eine enge (persönliche) Verknüpfung zwischen den ostdeutschen LBVs mit den ostdeutschen Landesregierungen und Parteien (CDU, SPD, Linke) gibt. Die ostdeutschen LBVs gründeten sich aus der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, wodurch eine große personelle Kontinuität aus DDR-Zeiten erhalten blieb. Die ostdeutschen

⁶ An beschränkten Ausschreibungen können besonders arbeitsintensive Betriebe, wie viehhaltende Betriebe, Gartenbaubetriebe oder Ökobetriebe und nun eben auch Junglandwirt_innen teilnehmen. Bis 2011 machten diese Ausschreibungen allerdings einen sehr geringen Anteil an den gesamten BVVG-Ausschreibungen aus.

LBVs seien das „Sprachrohr der ehemaligen DDR-Agrarkader [...] gewesen und sind es eigentlich bis heute. Sie vertreten dabei nicht nur die ‚juristischen Personen‘, sondern vertreten natürlich auch die privaten Betriebsausgründungen der alten SED- oder DBD-Kader“ (tel. Interview, Vertreter der AbL, 10.4.2014). Auch in den genannten Parteien gab es Aufnahmen von Parteifunktionäre_innen aus der DDR-Zeit: Die DBD ging nach der Wende in die CDU über, die SED in die Linke bzw. damals PDS sowie die Ost-SPD in die SPD (Interviews, Vertreter Bauernbund Brandenburg, AbL, BjL, Bündnis 90/Die Grünen, alle März-April 2014).

Der Zusammenhang der Privatisierungspolitik und des aktuellen *land grabbing* in Ostdeutschland ist vielschichtig. Zunächst hat die politisch gewollte und gesteuerte „Konservierung der Struktur der großen Betriebe letztlich dazu geführt, dass wir das Problem haben, worüber wir heute reden“, erklärte der Vertreter des BjL (Interview, Berlin, 28.3.2014). Denn große Betriebe und Landflächen sind attraktiv für Investoren.

Wichtig ist außerdem die veränderte Privatisierungspraxis der BVVG seit 2007. Im Fokus stehen das freie Ausschreibungsverfahren zu Höchstpreisen sowie die generell hohen Verkaufs- und Pachtpreise der BVVG. Die Gründe für diese Änderungen 2007 liegen zum einen an der Kritik der Europäischen Union und der Forderung, die Vergabe von Land zu „Marktpreisen“ auszubauen. Zum anderen rückten fiskalpolitische Gesichtspunkte in den Vordergrund: der Verkauf der BVVG-Flächen diene auch dem Ziel, die Staatseinnahmen zu erhöhen. Durch die freien Ausschreibungen der BVVG zum Höchstpreis wurde es für kapitalschwächere, ortsansässige Betriebe schwieriger, Landflächen zu erwerben. Gleichzeitig erhöhte sich die Chance für kapitalkräftige Investoren auf dem privaten Landmarkt, mit seinen ebenfalls steigenden Preisen für Pacht und Verkauf, Zugang zu Flächen zu bekommen (Forstner et al. 2011: 25ff; Interviews, Vertreter BjL, LBV Brandenburg, Sparkassenverband, alle März - Mai 2014).

Ein Aspekt, der bei der aktuellen Diskussion um

die Ausschreibungsverfahren zu Höchstpreisen und um die Betroffenheit der lokalen Betriebe häufig vergessen wird, ist, dass die BVVG-Flächen nach wie vor mehrheitlich direkt ohne öffentliche Ausschreibung an die Pächter_innen der Flächen weiterverpachtet oder verkauft werden. 2011 wurden beispielsweise von 42.762 Hektar Landflächen 31.077 Hektar direkt an Pächterbetriebe und damit oftmals auch an die als juristischen Personen verfassten Betriebe verkauft (siehe Grafik Anhang 1; tel. Interview, Vertreter AbL, 10.4.2014). Dieser Trend hielt auch für die nachfolgenden Jahre an. Nach den politischen Vorgaben von 2007 und 2010 überrascht das, sollten doch eigentlich seitdem öffentliche Ausschreibungsverfahren dominieren. Stattdessen findet weiterhin eine „Quasi-Subventionierung“ der Pächterbetriebe statt, vergleicht man die Durchschnittspreise von freien Ausschreibungen mit den Preisen für den Direktverkauf – beide liegen zwar deutlich über dem privaten Bodenmarkt, allerdings ist der Direktverkaufsweg der günstigere (Forstner et al. 2011: 57). Der Paradigmenwechsel der BVVG-Privatisierungspolitik, von dem häufig gesprochen wird, ist verteilungspolitisch weniger grundlegend als behauptet. Durch die Direktvergabepraxis können Investorenbetriebe exklusiv Flächen erwerben, da auch sie nach Übernahme von „juristischen Personen“ unter den Pächter_innen von BVVG-Flächen sind und somit Ansprüche auf Direktverkäufe anmelden können. Über diesen Weg wird *land grabbing* und die Verteilung von Flächen an Investorenbetriebe weiter verstärkt. Zahlen, wie viel Prozent der Flächen bereits an Investoren verkauft wurden, veröffentlicht die BVVG allerdings nicht.

4.2 Staatliche Subventionen und Förderprogramme

Im Jahr 2000 trat das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in Kraft, in welchem unter anderem die Förderung von Strom aus Biomasse geregelt ist. Der Vergütungssatz für eingespeiste Energie aus Biogas ist gestaffelt nach der Größe der

Biogasanlagen. Je größer die Anlage, desto kleiner die Vergütung. Das Unternehmen NAWARO war das erste in Ostdeutschland, das eine Schlupflücke im EEG ausnutzte. NAWARO baute in Penkun einen Biogaspark auf, der anstatt aus weniger großen aus 40 kleineren Biogasanlagen mit einer Leistung von je 0,5 Megawatt bestand. So konnte jede als Einzelbetrieb geführte Anlage einen hohen Vergütungssatz erhalten. Investoren um Steinhoff, die JLW Holding oder KTG Agrar kopierten dieses lukrative Geschäftsmodell. Im Unterschied zu NAWARO kauften sie eigene Flächen und Betriebe, um weniger von Schwankungen auf den globalen Getreidemärkten und von Zulieferern abhängig zu sein (Interview, Vertreter Bündnis 90/Die Grünen, Potsdam, 29.4.2014).

Der World Wide Fund For Nature (WWF) geht in einer Studie aus dem Jahr 2011 davon aus, dass die Vergütung von Strom aus Biomasse über das EEG bei einer 500 Kilowatt-Anlage jährlich durchschnittlich bei ca. 750.000 Euro bzw. umgerechnet auf die dafür benötigte Ackerfläche bei bis zu 3.000 Euro pro Hektar lag. Zudem beinhaltet das Gesetz Planungssicherheit: Der Strom aus erneuerbaren Energien wie Biomasse wird in den 20 Jahren nach Aufbau der (Biogas-) Anlage garantiert zu einem Mindestpreis ins Stromnetz eingespeist (Brendel 2011: 9ff).

Neben dem EEG schufen EU-Agrarsubventionen wichtige Anreize für die Investoren. So soll die KTG Agrar Schätzungen der taz und des Tagesspiegels zufolge jährlich ca. zehn Millionen Euro an Flächenprämien, die JLW Holding 7,2 Millionen Euro sowie Steinhoff sechs Millionen Euro an EU-Agrarsubventionen erhalten haben, wenn man einen Durchschnittswert der Subventionen von 300 Euro pro Hektar in Ostdeutschland zugrunde legt (Schumann 2013b; Keller 2014). Entscheidend hierfür war, dass die Europäische Union seit 2003 Agrarsubventionen pro Hektar bewirtschafteter Agrarflächen, unabhängig von der jeweiligen Landnutzung, vergibt. Die Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben durch die Direktzahlungen ist seit 2014 für die nächsten sechs Jahre bereits festgelegt und sichert den Betrieben

in Deutschland nach wie vor Zahlungen von jährlich durchschnittlich 260 bis 360 Euro⁷ pro Hektar zu (DBV 2013: 164ff). Kritische Wissenschaftler_innen und Verbände wie die AbL kritisieren, dass die Gemeinsame Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP), ein Umverteilungsmechanismus von Arm zu Reich sei und die Konzentrationstendenzen in der Landwirtschaft verstärke (Ribhegge 2011: 173).

„In Brandenburg erhalten beispielsweise die 100 größten Landwirtschaftsunternehmen, die nur 1,5 Prozent der Agrarbetriebe insgesamt ausmachen, fast ein Viertel der zur Verfügung stehenden Einkommensstützungen – ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne gesellschaftliche Gegenleistung. Die bäuerliche Landwirtschaft [...] ist hingegen der große Verlierer“ (Behm/Schröder 2011: 69f).

Insgesamt lässt sich das Thema der staatlichen Förderung und Subventionen mit den Worten des Interviewpartners des BfL zusammenfassen:

„Gäbe es diese Subventionen nicht, wäre die Landwirtschaft [für die Investoren] ein relativ uninteressanter Sektor“ (Interview, Berlin, 28.3.2014).

4.3 Krisen und landwirtschaftliche Strukturen

Ursächlich für die Zunahme der Aktivitäten der Investoren ist auch die Finanzkrise im Jahre 2007/08, in Folge derer Kapital nach neuen sicheren, wertstabilen Anlagemöglichkeiten, die aber gleichzeitig eine gute Rendite einbringen, sucht. Der Besitz an Land bzw. landwirtschaftlichen Unternehmen bringt Investoren in Ostdeutschland die gleichen Vorteile wie bei *land grabs* in anderen Ländern. So stellen Land und landwirtschaftliche Unternehmen eine wertstabile Anlageform mit einem Sachwert als Gegenwert dar. Zudem

⁷ Die Direktzahlungen unterscheiden sich in Deutschland nach Flächengröße, Jahr und Bundesland (vgl. DBV 2013: 164-167).

gilt Agrarland als relativ unabhängig von Entwicklungen am Finanzmarkt, als inflationssicher und damit optimal für die Diversifizierung des Investmentportfolios (Forstner/Tietz 2013: 38f; tel. Interview mit Vertreter des Sparkassenverbandes, 21.5.2014). Investoren sehen die Landwirtschaft aber inzwischen auch als lukrative Branche an – KTG Agrar nennt sie gar „eine der Schlüsselbranchen des Jahrhunderts“ (KTG Agrar o.J. a).

Investoren schätzen die in Deutschland verlässlichen rechtlichen Rahmenbedingungen und die gut ausgebaute Infrastruktur in Ostdeutschland (AgroEnergy o.J. f). Zudem existieren in Ostdeutschland günstige landwirtschaftliche Strukturen für Investoren. Durch die relativ großen durchschnittlichen Betriebsgrößen können große Flächen einfach erworben werden. Diese Einheiten eignen sich gut für die agrarindustrielle Bewirtschaftung mit Monokulturen, landwirtschaftlichen Maschinen und wenig Personal (Deutsche Agrar Holding o.J.; Interview, Vertreter des BjL, Berlin, 28.3.2014).

Hiermit sind insbesondere die großen landwirtschaftlichen Betriebe – LPG-Nachfolgebetriebe bzw. als juristische Personen verfasste Betriebe – gemeint. In der Regel verkaufen Landwirt_innen bzw. die Besitzer_innen von juristischen Personen ihre Betriebe aus drei Gründen: Kapitalbedarf, Generationswechsel mit fehlender Nachfolge sowie die hohen Bodenpreise. Immer häufiger kommt es vor, dass Genossenschaftsmitglieder oder Gesellschafter_innen mit großen Eigentumsanteilen an einem LPG-Nachfolgebetrieb altersbedingt ausscheiden. Fehlt eine Erbin oder ein Erbe, die/der den Hof weiterführen möchte, entsteht eine schwierige Situation für den Betrieb. Da die Betriebe mit beispielsweise 1.000 Hektar Flächen angesichts der hohen Bodenpreise mehrere Millionen Euro – bei hohem Eigenflächenanteil gar im zweistelligen Millionenbereich – wert sind, wird die Auszahlung ausscheidender Genossenschaftsmitglieder oder Gesellschafter_innen schwierig. Hierbei werden im Übrigen auch verschiedene Interessen und Einstellungen in Genossenschaften gegenüber

den externen Investoren geschaffen: Es gibt Genoss_innen, welche ihren Betrieb „versilbern“ möchten, und andere, die eigentlich gerne weiter Landwirtschaft betreiben würden, aber aufgrund der genannten Auszahlungsproblematik nicht können. Des Weiteren gibt es sogenannte „marode“, also wirtschaftlich schwächere Betriebe, die eine niedrige Wertschöpfung oder einen großen Kapitalbedarf beispielsweise aufgrund des notwendigen Erwerbs von Agrarflächen haben und deren Genossenschaftler_innen oder Gesellschafter_innen den Betrieb wegen der aktuell lukrativen Lage verkaufen möchten. In beiden Fällen kommen eigentlich nur noch kapitalstarke Investoren für den Kauf in Betracht. Normale Landwirt_innen haben für den Kauf eines Betriebes in der Regel nicht genug Kapital zur Verfügung. Zudem berichteten Interviewpartner, dass Investoren den abgabewilligen Landwirt_innen zum Teil zusätzliche Abfindungszahlungen anbieten, damit der Verkauf für diese noch attraktiver wird (Forstner/Tietz 2013: iv, vii, 35; Interviews, Vertreter Bauernbund Brandenburg, Bündnis 90/Die Grünen, beide April 2014).

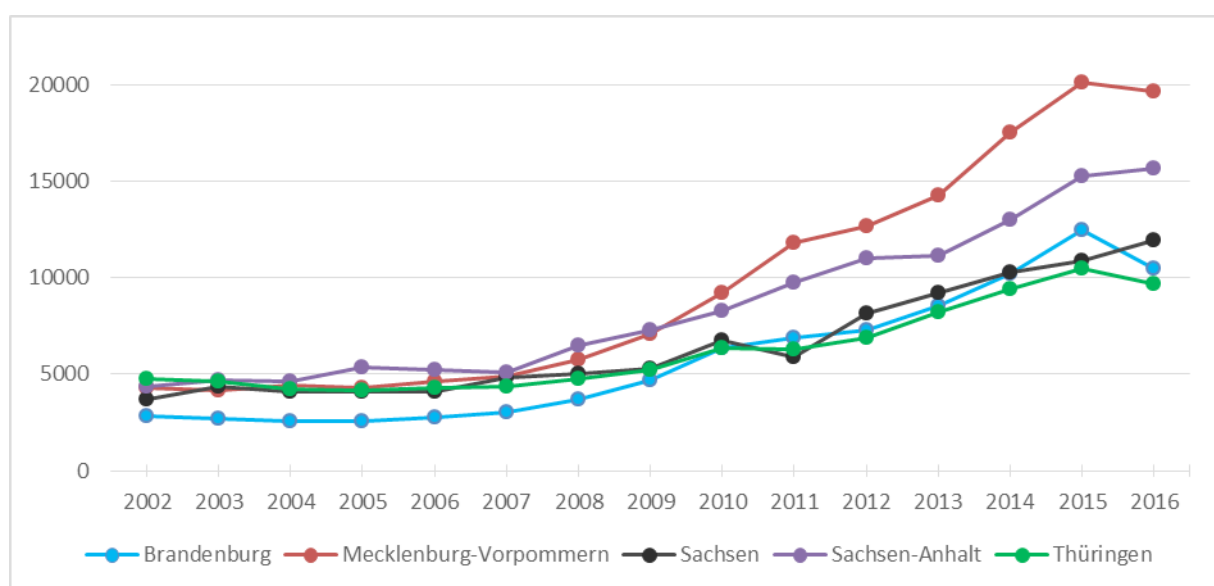
5 AUSWIRKUNGEN DES LAND GRABBING

WassindieAuswirkungenendesverstärktenInteresses der externen Investoren an der ostdeutschen Landwirtschaft sowie der Privatisierungspolitik des Staates? Wie aus Abbildung 1 ersichtlich wird, stiegen die Kaufwerte seit 2006 bzw. 2007 bis 2015 für landwirtschaftliche Flächen in allen ostdeutschen Bundesländern erheblich an. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg stiegen die Preise in diesem Zeitraum um mehr als 300 Prozent, in Sachsen-Anhalt um mehr als 200 Prozent. Auch innerhalb der Bundesländer gibt es verschieden starke Preissprünge. In der brandenburgischen Uckermark stiegen die Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen beispielsweise von knapp 4.000 Euro pro Hektar im Jahre 2006 auf etwas über 12.000 Euro pro Hektar im Jahre 2012; im Landkreis Oberspreewald-Neiße zwischen 2006 und 2012 von knapp 2.000 Euro pro Hektar auf knapp 4.000 Euro pro Hektar (Forstner/Tietz 2013: 90).

Trotz dieser extremen Preissteigerungen liegen die Bodenpreise noch deutlich unter den Preisen in Westdeutschland. 2016 betrug die Kaufpreise von Agrarland durchschnittlich ca. 27.100 Euro pro Hektar in Westdeutschland, in Ostdeutschland ca. 13.465 Euro pro Hektar (Statistisches Bundesamt 2018: 493). Auch die Bodenmobilität, also die Verkäufe im Vergleich zur gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche, ist in Ostdeutschland höher als in Westdeutschland, was stark mit den Flächenverkäufen der BVVG zusammenhängt. Parallel zur Entwicklung der Kaufpreise in den letzten Jahren stiegen auch die Pachtpreise für ostdeutsches Agrarland und erreichten immer neue Höchstwerte (Forstner et al. 2011: i, v).

Ein Grund für den Anstieg der Flächenpreise ist die verstärkte Nachfrage von Investoren nach der Finanzkrise. Als problematisch erachten die Bauernverbände, dass diese Investoren deutlich

Abbildung 1: Entwicklung der Kaufwerte für landwirtschaftliche Flächen in Ostdeutschland (in Euro/Hektar)



Quelle: Eigene Darstellung (Statistisches Bundesamt, div. Jahrgänge)

kapitalstärker sind und bei ihrer aktiven Suche nach Land „Kampfpreise“ ausrufen (tel. Interviews, Vertreter AbL, Bauernbund Brandenburg, beide April 2014). Dies können sie auch, weil sie häufig Biogasanlagen betreiben, wodurch ihre Gewinnmargen höher sind und sie entsprechend höhere Pachtpreise als Landwirt_innen zahlen können (Brendel 2011: 5). Die gewachsene Nachfrage nach Land beschränkt sich allerdings nicht nur auf die externen Investoren. Auch



Industrialisierte Landwirtschaft: Feldhäcksler bei der Maisernte (Foto: Roman Gridin, CC BY-SA 3.0)

private, kleinere Kapitalanleger_innen sowie das gestiegene Interesse von Landwirt_innen, Flächen zu kaufen statt zu pachten, spielen eine Rolle (tel. Interviews, Vertreter Bauernbund Brandenburg, Sparkassenverband, beide April-Mai 2014).

Zudem trägt die veränderte Verkaufs- und Pachtspolitik der BVVG zur Preissteigerung bei. Hierbei stehen insbesondere seit 2007 das Ausschreibungsverfahren der BVVG zum Höchstwert, die generelle Orientierung der BVVG an Marktpreisen sowie das Ende des vergünstigten Verkaufs von Flächen über das EALG im Vordergrund. Die Pacht- und Verkaufspreise der BVVG stiegen in der Folge seit 2007 stark an und übertrafen dabei sogar die Preise des Privatmarktes (Forstner et al. 2011: 57).

Die hohen und steigenden Landpreise treiben das *land grabbing* zugleich weiter, denn sie erschweren es lokalen Betrieben, Flächen zu halten, neu zu

pachten oder zu erwerben. Auch für Junglandwirt_innen stellen die durch das gestiegene Interesse der großen Investoren verursachten höheren Bodenpreise ein grundsätzliches Problem dar, da sie mit wenig Kapital kaum Chancen haben, teures Land zu erwerben (Interviews, Vertreter AbL, Bauernbund Brandenburg, BfL, Sparkassenverband, alle März-Mai 2014).

Laut Statistiken des Statistischen Bundesamtes schlägt sich *land grabbing* bisher kaum in der Verteilung des genutzten Landes nach Betriebsgröße nieder. Die Betriebe mit den größten Flächenverlusten zwischen 2007 und 2017 waren in Ostdeutschland Betriebe mit weniger als fünf Hektar und größer als 100 Hektar bewirtschafteter Flächen, innerhalb der anderen Betriebsgruppen gab es bisher kaum Verluste. Wie stark die Konzentration von Land oberhalb von 100 bzw. 200 Hektar zugenommen hat – in diese Kategorie fallen in der Regel die Investoren und die juristischen Personen – lässt sich allerdings aufgrund der Kategorisierung des Statistischen Bundesamtes nicht beantworten⁸ (Statistisches Bundesamt 2008: 335; 2018: 489). Ein Faktor, wie

Landwirt_innen Land sichern können, sind Kredite bzw. neu aufgenommenen Schulden. So führten die höheren Pacht- und Kaufpreise für Land sowie der verstärkte Druck für ortsansässige Landwirt_innen Agrarland zu kaufen, zu einem höheren Kapitalbedarf bei diesen. Können landwirtschaftliche Betriebe die Flächenkäufe bzw. -pachten nicht mehr von ihrem Eigenkapital decken, greifen sie auf Kredite zurück, welche von den Banken in hohem Umfang vergeben werden. Zudem existieren Förderprogramme für Landkäufe, d. h. Kredite zu günstigeren Konditionen bei der Rentenbank sowie ILB und DKB (Interviews, Vertreter Sparkassenverband, LBV Brandenburg, April-Mai 2014). Die Statistiken der Rentenbank zur Vergabe von Förderkrediten für den Landkauf in der

⁸ In Berichten des Statistischen Bundesamtes war die größte Kategorie der Flächenausstattung von Betrieben geordnet nach Betriebsgröße bis 2009 „über 100 Hektar“, ab 2010 „über 200 Hektar“.

Landwirtschaft bestätigen diese Entwicklungen. So stiegen die für Flächenkäufe in Anspruch genommenen Kredite der Landwirt_innen in den ostdeutschen Bundesländern zwischen 2009 und 2017 von 185,5 Millionen Euro auf 275 Millionen Euro; dies entspricht einem Anstieg um 48,2 Prozent innerhalb von acht Jahren (Rentenbank 2017: 34f; Direktauskunft Rentenbank, 29.10.2014). Somit ist auch klar, dass durch die höheren Bodenpreise und den verstärkten Kauf von Flächen neue Schulden von den landwirtschaftlichen Betrieben bei Banken entstanden sind; über die Höhe der Gesamtschulden liegen allerdings keine Daten vor.

Ein anderer Weg ist die Suche nach einem Investor, der für einen landwirtschaftlichen Betrieb Flächen kauft und direkt wieder zurückpachtet. Wie weit dieses Phänomen verbreitet ist, ist schwer zu beurteilen, da die Ausschreibungen oft anonym oder über Makler_innen laufen. Allerdings wird auch berichtet, dass Banken Landwirt_innen aktiv dazu raten, finanzielle „Hilfen“ oder Minderheitsbeteiligungen von Investoren anzunehmen (Bauer 2018; tel. Interview, ehem. Mitarbeiter Investorenbetrieb, 23.4.2014).

Insgesamt herrscht nun ein aktiver Konkurrenzkampf zwischen verschiedenen landwirtschaftlichen Betrieben um verfügbare Flächen, in dem kapitalkräftige Investoren insgesamt bessere Voraussetzungen haben; der einstige „Burgfrieden“, der darin bestand, dass Pachtverträge von anderen

landwirtschaftlichen Betrieben nicht abgeworben werden, wurde aufgebrochen (tel. Interview, ehem. Mitarbeiter Investorenbetrieb, 23.4.2014). Zudem ist es wahrscheinlich, dass die Flächenverluste von kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben bei weiter steigenden Bodenpreisen in Zukunft zunehmen werden und es gerade in Regionen, in denen externe Investoren mehrere Betriebe haben, laut Vertreter des Bauernbundes, „deutlich ungemütlicher für ortsansässige Betriebe wird“ (Interview, Vertreter Bauernbund Brandenburg, 5.4.2014).

Land grabbing wirkt sich auch auf Arbeitsverhältnisse und Beschäftigung in der Landwirtschaft aus. In der Regel werden von Investoren in übernommenen Betrieben Arbeitsplätze abgebaut: arbeitsintensive Betriebszweige wie die Tierhaltung werden abgeschafft und verschiedene Arbeitsprozesse ausgelagert. Häufiger und in größerem Umfang als lokale Betriebe engagieren die Investoren sogenannte Lohnunternehmen, die landwirtschaftliche Dienstleistungen anbieten und die Arbeit von vorher angestellten Arbeitskräften übernehmen. Arbeit wird somit outgesourct. Investorenbetriebe setzen Arbeitskräfte effizienter, überbetrieblich und überregionaler ein. Insgesamt lässt sich daher ein deutlich geringerer Arbeitsbesatz bei den Investoren feststellen (Schumann 2013a; Keller 2014; Interview, Vertreter BjL, Berlin; 28.3.2014).



Industrialisierte Landwirtschaft: Mähdrescher bei der Weizenernte (Foto: Tim Reckmann, CC BY 2.0)

6 FORDERUNGEN UND LOBBYARBEIT DER GEGNER_INNEN VON LAND GRABBING

Die Kritik von den politisch benachteiligten, kleineren Landwirtschaftsbetrieben, Ökolandwirt_innen, Nebenerwerbslandwirt_innen sowie Junglandwirt_innen, die insbesondere vom Bauernbund, der AbL sowie vom BjL vertreten werden, richtet sich nicht nur gegen *land grabbing*, sondern generell gegen Umverteilungen zugunsten der größeren Betriebe. Diese Verbände kritisieren nicht nur die zunehmende Konzentration von Land auf noch größere Unternehmen im Zuge des *land grabbing* in Ostdeutschland, sondern weisen auch auf die Auswirkungen auf sozialer, ökonomischer und ökologischer Ebene in der Region hin. Sie bemängeln, dass Investoren

einen geringeren Bezug zur Region und ein geringeres Verantwortungsbewusstsein für die bewirtschafteten Böden haben, Arbeitsplätze reduzieren sowie das Steueraufkommen vor Ort senken (Interviews, Vertreter Bündnis 90/Die Grünen, BjL, Bauernbund Brandenburg, AbL, alle März-April 2014).

Bezüglich der EU-Agrarsubventionen fordern AbL, der Bauernbund sowie das BjL, dass landwirtschaftliche Betriebe maximal 300.000 Euro an Subventionen bekommen sollen sowie ab einer Höhe von 150.000 Euro Subventionen degressiv gezahlt werden müssen. Dies soll kleinere Betriebe stärken und größere Betriebe, wie gerade aktuell auch Investorenbetriebe, schwächen. Dadurch erhoffen sich die Verbände einen Stopp der Konzentrationstendenzen und, dass es weniger attraktiv für externe Investoren wird, in die ostdeutsche Landwirtschaft zu investieren (Interviews, Vertreter BjL, Bauernbund Brandenburg, AbL, alle März-April 2014).

Bezüglich der BVVG-Privatisierungspolitik unterscheiden sich die Forderungen der Verbände, obwohl ihnen die Kritik an der ungerechten Verteilungswirkung gemeinsam ist. So fordern die AbL und das BjL ein Moratorium der Privatisierung, um die letzten Flächen in BVVG-Hand in einen Bodenfonds zu überführen, aus dessen Pool die Flächen an die bisher benachteiligten Betriebe wie Nebenerwerbslandwirt_innen, kleinere landwirtschaftliche und ökologische Betriebe sowie Existenzgründer_innen verteilt werden (Interviews, Vertreter AbL, BjL, beide März-April 2014). Der Bauernbund fordert hingegen den Stopp der Direktverkäufe und stattdessen ausschließlich öffentliche Ausschreibungen, bei denen die Losgröße auf maximal zehn Hektar verringert wird und an denen nur ortsansässige Landwirt_innen teilnehmen können. Hierdurch erhofft er sich einen besseren Zugang für kleinere und mittelgroße



Protest des Bündnis Junge Landwirtschaft vor der Berliner Zentrale der BVVG, Berlin, 2013 (Foto: Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.)



Brandenburgs Agrarminister Vogelsänger im Gespräch mit einem Junglandwirt, Demo anlässlich der Bundes-Agrarministerkonferenz 2014 in Cottbus (Foto: Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.)

landwirtschaftliche Betriebe zu den Flächen (tel. Interview, Vertreter Bauernbund Brandenburg, 5.4.2014). Inzwischen hat der Bauernbund seine Position etwas verändert und fordert „faire Ausschreibungen unter ausschließlicher Beteiligung von ortsansässigen Landwirten“ (Bauernbund Brandenburg o.J.).

Der Bauernbund möchte außerdem im Grundstückverkehrsgesetz den Begriff der ortsansässigen Landwirt_innen schärfen, um ein besseres Instrument gegen Investoren zu schaffen. „Ortsansässige“ Betriebe müssten ihren Hauptsitz im Umkreis von 20 Kilometer von den Flächen haben. Investoren haben ihren Hauptsitz bisher meist in den alten Bundesländern (tel. Interview, Vertreter Bauernbund Brandenburg, 5.4.2014).

Bezüglich der Bodenpolitik in den ostdeutschen Bundesländern konnte sich bislang keine der Forderungen durchsetzen. Weder ein Moratorium der Privatisierungsaktivitäten der BVVG noch der Verkauf der Flächen ausschließlich an ortsansässige Landwirt_innen wurden bisher politisch in Erwägung gezogen (tel. Interviews, Vertreter AbL, Bauernbund Brandenburg, beide April 2014). Die Zahl der beschränkten Ausschreibungen, an denen arbeitsintensive Betriebe sowie ökologische Betriebe teilnehmen können, ist allerdings leicht

gestiegen (Privatisierungsgrundsätze 2013). Auch wurden die Losgrößen bei Ausschreibungen von der BVVG 2015 auf 15 Hektar beschränkt und das Privatisierungsende auf 2030 nach hinten verschoben (Privatisierungsgrundsätze 2015). In Mecklenburg-Vorpommern sowie Sachsen-Anhalt führten die Landesregierungen zumindest ein Förderprogramm für Junglandwirt_innen ein, in Brandenburg ist dies hingegen keine Option (Interview, Vertreter BjL, Berlin, 2.2.2016). All diese Änderungen sind allerdings in ihrer Wirkung begrenzt.

Warum die politischen Entscheidungsträger_innen auf Landes- und Bundesebene *land grabbing* nicht aktiv verhindern, führen Gegner_innen von *land grabbing* insbesondere auf persönliche Verstrickungen der Parteien SPD, CDU und Die Linke mit den ostdeutschen LBVs sowie den Inhaber_innen der großen Landwirtschaftsbetriebe (juristischen Personen), den ehemaligen Agrarkadern, zurück. So gibt es Zeitungsberichte, dass Teile dieser lokalen Elite persönlich von den Investoren und damit verbundenen Landpreisen profitieren würden – manche besäßen selbst einen landwirtschaftlichen Betrieb, den sie nun für mehrere Millionen Euro verkaufen würden (vgl. beispielsweise Maurin 2016). Die Gegner_innen von

land grabbing betonen außerdem den Einfluss des Deutschen Bauernverbandes, insbesondere der ostdeutschen LBVs, auf politische Entscheidungen (Interviews, Bauernbund Brandenburg, AbL, BjL, Bündnis 90/Die Grünen, alle März - April 2014). Der Landwirtschaftsminister Mecklenburg-Vorpommerns, Till Backhaus (SPD), beschrieb diesen Einfluss in einem Zeitungsinterview folgendermaßen:

„Ich entscheide nicht gegen den Bauernverband. Das ist für mich eine wichtige Interessenvertretung. Der Verband hat sich ganz klar dagegen ausgesprochen. Die CDU nimmt in dieser Frage auch eine ablehnende Haltung ein. In anderen Ländern sind Verantwortliche wegen ähnlicher Gesetze durch die Bauern abgewählt worden oder das Gesetz ist nicht gekommen“
(Ostsee Zeitung 2018).

Auch im Hinblick auf die Ausgestaltung der EU-Agrarsubventionspolitik, vor allem der Flächenprämien, waren die Forderungen der anderen Agrarverbände in den Jahren zwischen 2005 und 2014 nicht erfolgreich. Auf europäischer

Ebene sind der DBV bzw. die ostdeutschen LBVs eine zentrale Lobbygruppe. Gerade am Beispiel der EU-Agrarsubventionen zeigt sich deren Einfluss. Kaum eine andere Region in Europa profitiert aufgrund ihrer Betriebsstruktur von unbegrenzten Subventionen und ist deshalb gegen eine Kappungsgrenze. Obwohl das Thema der Kappungsgrenze und Degression sogar durch EU-Kommission und EU-Parlament angestoßen wurde, setzte letztlich Deutschland auf Druck des DBV durch, dass keine verbindliche Kappungsgrenze, keine Degression und als Kompromiss lediglich eine kleine Erhöhung der Subventionen für kleinere Betriebe beschlossen wurde. Hierbei zeigt sich auch, dass die ostdeutschen LBVs innerhalb des DBV eine starke Stellung einnehmen, da eine Kappungsgrenze auch im Interesse der westdeutschen Bäuerinnen und Bauern bzw. Landesverbände gewesen wäre (Interviews, Vertreter AbL, BjL, Bauernbund Brandenburg, Bündnis 90/Die Grünen, alle März-April 2014).



Demo „Wir haben es satt“, Potsdam, anlässlich der Brandenburger Landtagswahlen, 2014
(Foto: Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.)

7 FAZIT

Seit gut zehn Jahren kaufen kapitalstarke Investoren landwirtschaftliche Betriebe sowie Landflächen in Ostdeutschland. Dieses Phänomen lässt sich als *land grabbing* beschreiben. Das Ziel dieser Investoren ist es, die Kontrolle über landwirtschaftliche Unternehmen zu erlangen und oftmals die Produktion – hin zu mehr Biomasse und weniger Tierhaltung – zu ändern. Die kapitalstarken, externen Investoren sind Landwirt_innen aus anderen Regionen, Aktiengesellschaften und Holdings aus dem Agrarbereich, landwirtschaftsnahe Investoren aus dem vor- und nachgelagerten Bereich, branchenfremde Investoren sowie *Private-Equity-Fonds*. Die Ursachen für *land grabbing* in Ostdeutschland sind die großen Betriebsstrukturen, welche staatlich gestützt aus der DDR-Zeit überlebten, die

Privatisierungspolitik und staatlich geschaffene Anreize. Hierzu zählen die Biomasse-Vergütungen über das EEG sowie die EU-Agrarsubventionen. Zudem ist die Finanzkrise zu nennen.

Infolge der veränderten BVVG-Privatisierungspolitik sowie der Finanzialisierung der Landwirtschaft durch externe Investoren stiegen die Bodenpreise seit 2006 auf dem ostdeutschen Bodenmarkt extrem an, regional zum Teil um über 300 Prozent. Dies wirkt sich in zweierlei Hinsicht auf die lokalen landwirtschaftlichen Betriebe aus: Zum einen verlieren lokale Betriebe bereits jetzt Flächen an Investoren. Für die Zukunft befürchten die Vertreter_innen der Bauernverbände, dass die Flächenverluste zunehmen. Zum anderen steigt der Kapitalbedarf der landwirtschaftlichen Betriebe aufgrund der gestiegenen Landpreise, um Flächen

weiterhin zu pachten oder kaufen. Um diesen Kapitalbedarf zu decken, nehmen Landwirte Kredite auf, welche Banken aktuell in Folge der Finanzkrise zu günstigen Konditionen an diese vergeben. Diese Kredite für Investitionen in Boden erhöhen dabei den Kredit- bzw. Schuldenanteil



Betrieb Tonndorfer Schlossmilch, Schloss Tonndorf, 2014
(Foto: Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.)

der ostdeutschen Landwirt_innen. Eine zweite Möglichkeit, an Kapital für Flächenkäufe zu kommen, sind externe Investoren. Dies zeigt sich häufig bei den LPG-Nachfolgern, die in Folge eines zu hohen Kapitalbedarfs oft von externen Investoren übernommen werden.

Gegen diese Prozesse der Konzentration von Land und politischer Macht in den Händen von Investoren protestieren verschiedene Verbände wie die AbL, der Bauernbund sowie das Bündnis Junge Landwirtschaft. Diese richten verschiedene Forderungen an politische Akteure auf unterschiedlichen Ebenen, um *land grabbing* zu bremsen und lokale kleinere und mittlere landwirtschaftliche Betriebe sowie Junglandwirt_innen zu stärken. Die Bundesregierung sowie die Landesregierungen ignorieren diese Forderungen

allerdings oder machen allenfalls kleine Zugeständnisse. Hierbei spielen lokale Eliten und Interessengruppen eine wichtige Rolle. Häufig handelt es sich um ehemalige DDR-Agrarkader, die große Betriebe bewirtschaften sowie vom Deutschen Bauernverband vertreten werden. Diese Akteure haben einen starken Einfluss auf aktuelle politische Entscheidungen wie die Privatisierungspolitik der BVVG oder die Subventionspolitik der EU.

Zu nennen sind die Privatisierungs- und Subventionspolitik auf verschiedenen Ebenen. Hierdurch werden Anreize für Investoren geschaffen, in Land und Landwirtschaft zu investieren. Gleichzeitig findet dabei eine Umverteilung statt: öffentliche Steuergelder kommen großen landwirtschaftlichen Betrieben und Investoren zugute, kleine landwirtschaftliche Betriebe haben dadurch Nachteile und verlieren Land. Ein weiterer Aspekt ist Spekulation. Einige der Investoren setzen auf steigende Landpreise, um Profite zu „erwirtschaften“. Agrarland wird durch die Privatisierung für die Kapitalakkumulation zugänglich und durch den Verkauf ganzer Unternehmen in Form eines *Share Deals* leichter handelbar. Auch die Gründung von Aktiengesellschaften oder die Beteiligung von Investoren an kleineren Unternehmen, um diese beim Landkauf zu „unterstützen“, sind Beispiele hierfür. Daran zeigt sich auch, dass diese Prozesse eigene Krisen hervorbringen, die wiederum Profitmöglichkeiten für Investoren und Banken schaffen. Kleinere und größere landwirtschaftliche



Bauernhof Erz, Rathstock, 2015 (Foto: Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.)

Betriebe sind zum Teil in ihrer Existenz bedroht sind, haben einen höheren Kapitalbedarf aufgrund der durch *land grabbing* gestiegenen Landpreise und greifen daher auf Kredite von Banken oder Beteiligungen von Investoren zurück. Globale Krisen wie die Finanzkrise wirkten indirekt. Dadurch änderten sich die Anlagemuster von Investoren. Die staatliche Bearbeitung der Energiekrise in Form des EEGs führte zu lukrativen Anreizstrukturen.

Eine Bewertung der Auswirkungen von *land grabbing* in Ostdeutschland muss allerdings auch berücksichtigen, dass die bestehenden landwirtschaftlichen Betriebe bereits nach kapitalistischen Prinzipien funktionieren. Dennoch verstärkt sich die kapitalistische Logik innerhalb der landwirtschaftlichen Investoren-Betriebe: Interessen von Anleger_innen oder Aktionär_innen werden wichtiger, bäuerliche Werte wie die Bindung an die eigene Scholle – das eigene Stück Land – oder das Denken in Generationen weichen ausschließlich betriebswirtschaftlichen Entscheidungen von Controller_innen. Management-Konzepte wie *Lean Production* – beispielsweise durch die Verschlinkung der Betriebsstrukturen – dominieren den Betriebsaufbau, die Konzentration von Land und Verfügbarkeit von Kapital ermöglicht einen Ausbau der Agrarindustrialisierung und die stärkere Einbindung in nachgelagerte Märkte. Zudem weitete sich der Landmarkt aus: *Share Deals* erleichtern den Handel mit Land, Privatisierungen macht öffentliches Land handelbar. Daran wird auch deutlich, dass *land grabbing* nicht bei der Aneignung von Land endet, sondern damit



Kleinbäuerliche Landwirtschaft: Betrieb Tonndorfer Schlossmilch, Schloss Tonndorf, 2014 (Foto: Bündnis Junge Landwirtschaft e.V.)

eine Umgestaltung der landwirtschaftlichen Produktion auf verschiedenen Ebenen hin zu einer gewinnorientierten Agrarindustrie verbunden ist. Jedoch findet auch Widerstand gegen *land grabbing* und den Umbau der Landwirtschaft statt. Die Akteure sind vor allem kleinere, mittlere, ökologische und direkt betroffene Landwirt_innen sowie Junglandwirt_innen, deren Bauernverbände und einzelne Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen. Sie fordern etwa, die EU-Agrarpolitik hin zu einer Stärkung kleinbäuerlicher Strukturen umzustrukturieren. Auch der Vorschlag, die Flächen der KTG Agrar kleinbäuerlicher Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen, gehen in diese Richtung. Zudem sind Genossenschaftsprojekte wie die Ökonauten e.G., die BioBoden Genossenschaft oder die Kulturland Genossenschaft, die Unterstützer_innen dazu aufrufen, Landwirt_innen (zinsfrei)⁹über den Kauf von Genossenschaftsanteilen Kapital für den Landkauf zur Verfügung zu stellen, Initiativen, die kapitalistische Logiken zu einem gewissen Grad untergraben und die bäuerliche, ökologische Landwirtschaft stärken.

⁹ Die drei Projekte unterscheiden sich unter anderem im Punkt der Zinsfreiheit leicht. So ist es bei der Kulturland Genossenschaft (<https://kulturland.de/>) ausgeschlossen, dass Unterstützer_innen Zinsen auf ihr eingebrachtes Kapital bekommen, bei der BioBoden Genossenschaft (<https://bioboden.de/startseite/>) und der Ökonauten e.G. (<http://www.oekonauten-eg.de/>) ist dies Entscheidung der Genossenschaftsmitglieder.

LITERATUR

- AgroEnergy (o.J. a): AgroEnergy 1 - Das Ergebnis. URL: http://agroenergy-ag.de/de/angebot/agroenergy_1_ergebnis/, letzter Zugriff: 25.10.2018.
- AgroEnergy (o.J. b): AgroEnergy 1: Die Erfolgsgeschichte. URL: http://agroenergy-ag.com/de/angebot/agroenergy_1/, letzter Zugriff: 7.09.2014.
- AgroEnergy (o.J. c): AgroEnergy 2: Aktuelle Projekte. URL: http://agroenergy-ag.com/de/angebot/agroenergy_2_projekte/, letzter Zugriff: 7.09.2014.
- AgroEnergy (o.J. d): AgroEnergy 2: Erwartete Ergebnisse. URL: http://agroenergy-ag.com/de/angebot/agroenergy_2_ergebnisse/, letzter Zugriff: 7.09.2014.
- AgroEnergy (o.J. e): Betriebe. URL: http://agroenergy-ag.com/de/angebot/agroenergy_1_betriebe/, letzter Zugriff: 25.10.2014.
- AgroEnergy (o.J. f): Ostdeutschland ist attraktiv. URL: <http://agroenergy-ag.com/de/strategie/ostdeutschland/>, letzter Zugriff: 7.09.2014.
- Akram-Lodhi, A. Haroon/Kay, Cristóbal/Borras Jr., Saturnino M. (2009): The political economy of land and the agrarian question in an era of neoliberal globalization, in: Akram-Lodhi, A. Haroon/Kay, Cristóbal (Hrsg.): Peasants and globalization: political economy, rural transformation and the agrarian question, London: Routledge, 214-238.
- Bauer, Nora (2018): Landgrabbing in Deutschland? - Von den Folgen einer Gesetzeslücke. 27.2.2018, Deutschlandfunk, URL: https://www.deutschlandfunkkultur.de/von-den-folgen-einer-gesetzesluecke-landgrabbing-in.3720.de.html?dram:article_id=407468, letzter Zugriff: 29.10.2018.
- Bauernbund Brandenburg (o.J.): Positionen. URL: <http://www.bauernbund-brandenburg.de/index.php/positionen>, letzter Zugriff: 28.10.2018.
- Bayer, Walter (2012): Gutachten: Die Umwandlung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften im Land Brandenburg. Gutachten für das Land Brandenburg. URL: https://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/3_Gutachten%20Prof.%20Bayer%20Agrargeschichte%20Brandenburg%20nach%201989_90_Ausgabe_04.pdf, letzter Zugriff: 30.1.2019.
- Behm, Cornelia/Schröder, Winfried (2011): Ohne Moos nix los, in: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Brandenburger Landtag (Hrsg.): Umbrüche auf märkischem Sand. Brandenburgs Landwirtschaft im Wandel der Zeit - Entwicklungen, Risiken, Perspektiven, München: Oekom, 65-77.
- Borras, Saturnino M./Kay, Cristóbal/Gómez Echenique, Sergio/Wilkinson, John (2012): Land grabbing and global capitalist accumulation: Key features in Latin America, in: Canadian Journal of Development Studies, 33(4), 402-416.
- Brendel, Frank (2011): Energie im großen Stiel: Auswirkungen des Biogas-Booms auf Umwelt, Artenvielfalt und Landwirtschaft. URL: http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/Biogas_Energie_im_grossen_Stiel.pdf, letzter Zugriff: 25.10.2018.
- BVVG (2015): Geänderte Protokollnotizen zu den BVVG-Privatisierungsgrundsätzen ab 1. Juli 2015. URL: [http://www.bvvg.de/INTERNET/internet.nsf/HTMLST/dPDF%3%84nderung%20in%20Protokollnotizen/\\$File/Protokollnotizen.pdf](http://www.bvvg.de/INTERNET/internet.nsf/HTMLST/dPDF%3%84nderung%20in%20Protokollnotizen/$File/Protokollnotizen.pdf), letzter Zugriff: 7.01.2019.
- Creditreform (2011): KTG Agrar AG. URL: http://www.ktg-agrar.de/downloads/16-89-355/Summary_KTG%20Arar%20AG%20Konzern_2011.pdf, letzter Zugriff: 7.09.2014.
- DBV (Deutscher Bauernverband) (2013): Situationsbericht 2013/14:Trends und Fakten zur Landwirtschaft. Berlin.
- Deutsche Agrar Holding (o.J.): Landwirtschaft: Ackerbau. URL: <http://www.daholding.de/landwirtschaft/>, letzter Zugriff: 26.10.2018.
- Engels, Bettina/Dietz, Kristina (2011): Land Grabbing analysieren: Ansatzpunkte für eine politisch-ökologische Perspektive am Beispiel Äthiopiens, in: Peripherie, 31 (124), 399-420.
- Forstner, Bernhard/Tietz, Andreas (2013): Kapitalbeteiligung nichtlandwirtschaftlicher und überregional ausgerichteter Investoren an landwirtschaftlichen Unternehmen in Deutschland, Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Forstner, Bernhard/Tietz, Andreas/Klare, Klaus/Kleinhanns, Werner/Weingarten, Peter (2011): Aktivitäten von nichtlandwirtschaftlichen und überregional ausgerichteten Investoren auf dem landwirtschaftlichen Bodenmarkt in Deutschland, Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Gerke, Jörg (2010): Die Auswirkungen der DDR-Agrarstrukturen auf Landwirtschaft und ländliche Regionen in Ostdeutschland nach 1990, in: Beleites, Michael/Friedrich W. G./Grünbaum, Robert (Hrsg.): Klassenkampf gegen die Bauern. Die Zwangskollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft und ihre Folgen bis heute, Berlin: Metropol Verlag, 88-107.
- Hartmann, Kathrin (2018): Baumagnat statt Bauern. 11.9.2018, Der Freitag, URL: <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/baumagnat-statt-bauern>, letzter Zugriff: 25.10.2018.
- JLW (o.J. a): Landwirte. URL: <http://www.jlwg.de/index.php?id=landwirte>, letzter Zugriff: 7.09.2014.
- JLW (o.J. b): Im Einklang mit Mensch und Natur. URL: <http://www.jlwg.de/index.php?id=startseite1>, letzter Zugriff: 7.09.2014.
- Kamp, Lothar (2007): Zum Einfluss von Private Equity- und Hedge-Fonds auf die Wirtschaft, in: WSI-Mitteilungen, 60(11), 596-603.

- Keller, Gabriela (2014): Industrielle Landwirtschaft. Das ostdeutsche Ackerimperium. 6.8.2014, taz, URL: <http://www.taz.de/143570/>, letzter Zugriff: 7.9.2014.
- KTG Agrar (2013): Geschäftsbericht 2013. URL: http://www.ktg-agrar.de/downloads/16-89-452/KTG_Agrar_GB2013.pdf, letzter Zugriff: 7.09.2014.
- KTG Agrar (o.J. a): Fragen zum Geschäftsmodell und den Finanzen. URL: <http://www.ktg-agrar.de/de/ir/faq/>, letzter Zugriff: 7.09.2014.
- KTG Agrar (o.J. b): Historie. URL: <http://www.ktg-agrar.de/de/ueber-uns/historie/>, letzter Zugriff: 7.09.2014.
- KTG Energie (o.J.): Daten zur Aktie. URL: http://www.ktg-energie.de/investor_relations.html?disclaimer=1, letzter Zugriff: 7.09.2014.
- Küster, Karin (1998): Die EU-Agrarpolitik und der Strukturwandel in den neuen Bundesländern, in: Prokla, 28(3), 443-459.
- Land, Rainer (2000): Von der LPG zur Agrar-Fabrik, in: Berliner Debatte INITIAL 11, 5(6), 204-218.
- Landtag Brandenburg (2014): Abschlussbericht der Enquete-Kommission 5/1: „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“, Drucksache 5/8500 C.F.R.
- Läscher, Kristina (2018). Unternehmer Kurt Zech: Er herrscht über mehr als 300 Unternehmen – Porträt eines fast unbekanntem Multimillionärs. 11.2.2018, Stern, URL: <https://www.stern.de/wirtschaft/news/kurt-zech--portraet-eines-fast-unbekanntem-multimillionaers-7856012.html>, letzter Zugriff: 25.10.2018.
- Maurin, Jost (2016): Erbeutetes Bauernland: Land Grabbing in Deutschland. 15.11.2016, taz, URL: <http://www.taz.de/!5354610/>, letzter Zugriff: 25.10.2018.
- Müssgens, Christian/Grossarth, Jan (2016): KTG Agrar wird verschertelt. 19.9.2016, FAZ, URL: <http://www.faz.net/aktuell/finanzen/anleihen-zinsen/mittelstandsanleihen-ktg-agrar-wird-verscherbelt-14438763.html>, letzter Zugriff: 25.10.2018.
- Ostsee Zeitung (2018): „Es geht nur ums Geld“. 20.3.2018, Ostsee Zeitung, URL: <http://www.ostseezeitung.de/Nachrichten/MV-aktuell/Es-geht-nur-ums-Geld>, letzter Zugriff: 28.10.2018.
- Rentenbank (2017): Geschäftsbericht 2017. URL: <https://www.rentenbank.de/dokumente/GB-2017-deutsch.pdf>, letzter Zugriff: 7.01.2019.
- Ribhegge, Hermann (2011): Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik, 2. Aufl., Berlin/Heidelberg: Springer.
- Rothe, Andrea/Lissitsa, Alexej (2005): Zur Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Landwirtschaft nach der EU-Osterweiterung. Discussion Paper, Halle (Saale): Institute of Agricultural Development in Central and Eastern Europe, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO).
- Schöne, Jens (2005): Die Landwirtschaft der DDR 1945 - 1990, Erfurt: Landeszentrale für Politische Bildung Thüringen.
- Schumann, Harald (2013a): Landgrabbing in Deutschland. Kaufen Spekulanten den Osten auf?, 12.8.2013, Der Tagesspiegel, URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/landgrabbing-in-deutschland-kaufen-spekulanten-den-osten-auf/8621948.html?mobile=false>, letzter Zugriff: 7.9.2014.
- Schumann, Harald (2013b): Konzernlandschaft auf dem Vormarsch. Die deutschen Agrarriesen. 12.8.2013, Der Tagesspiegel, URL: <http://www.tagesspiegel.de/politik/konzernlandwirtschaft-auf-dem-vormarsch-die-deutschen-agrarriesen/8621950.html>, letzter Zugriff: 25.10.2018.
- Seibel, Wolfgang (2005): Verwaltete Illusionen: Die Privatisierung der DDR-Wirtschaft durch die Treuhandanstalt und ihre Nachfolger 1990-2000. Frankfurt a. M.: Campus Verlag.
- Statistisches Bundesamt (2008): Statistisches Jahrbuch 2008: Für die Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt (2018): Statistisches Jahrbuch 2018: Deutschland und Internationales, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Tietz, Andreas (2017): Überregional aktive Kapitaleigentümer in ostdeutschen Agrarunternehmen: Entwicklungen bis 2017, Braunschweig: Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Unabhängige Bauernstimme (2018): Die Folgen von KTG-Agrar-Pleite und Dürre. 24.8.2018, Unabhängige Bauernstimme, URL: https://www.bauernstimme.de/news/details/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=1870&cHash=5493372a5c7bc5a65f9b8edaf5f6cd1d, letzter Zugriff: 30.1.2019.
- van der Ploeg, Jan Douwe/Franco, Jennifer C./Borras, Saturnino M. (2015): Land concentration and land grabbing in Europe: a preliminary analysis, in: Canadian Journal of Development Studies, 36(2), 147-162.
- Visser, Oane/Spoor, Max (2011): Land grabbing in post-Soviet Eurasia: the world's largest agricultural land reserves at stake, in: The Journal of Peasant Studies, 38(2), 299-323.

Anhang 1: Verkäufe landwirtschaftlicher Flächen durch die BVVG

	Verkäufe landwirtschaftliche Fläche (in Hektar)				
	Nach EALG		Nach Verkehrswert		
	An Pächter	An Alteigentümer	Direkt an Pächter	Nach allg. Ausschreibung	Nach beschränkter Ausschreibung
1992/93			381		
1994			364		
1995			956		
1996			1.154		
1997	10.797	17	4.643		
1998	31.263	237	6.414		
1999			17.176		
2000			16.241		
2001	37.619	1.437	19.813		
2002	48.189	1.972	17.645		
2003	42.937	2.551	20.158		
2004	37.555	2.639	17.752	2.387	423
2005	22.787	2.280	17.101	3.453	1.432
2006	23.974	2.194	21.518	2.862	482
2007	29.143	2.343	18.953	5.101	603
2008	45.296	1.482	16.782	5.192	464
2009	41.491	887	17.238	9.188	297
2010		186	17.018	7.531	1.085
2011		2.211	31.077	8.741	733
2012		15.300	16.700	7.600	k.A.
2013		15.800	10.700	8.900	1.500
2014		10.500	13.300	7.100	2.000
2015		4.600	12.500	8.700	1.500
2016		1.700	4.400	3.300	900
2017		900	2.200	4.700	1.600
Summe	371.051	69.236	322.184	84.755	13.019

Eigene Darstellung; Quelle: Antwort der Bundesregierung auf kleine Anfrage 2012, Presseberichte der BVVG (2013-2018)

ÜBER DEN AUTOR

Jan Brunner arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin. Im Rahmen der BMBF-Nachwuchsgruppe „Globaler Wandel – lokale Konflikte?“ (GLOCON) forscht er zu landwirtschaftlichen Transformationsprozessen, Konflikten um Land und Rohstoffe sowie zu Arbeit, Gewerkschaften und Arbeitskämpfen in der Landwirtschaft.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Freie Universität  Berlin